BEAMTE

Zimmer mit Rheinblick

In Bonn hat es sich die Ministerialbürokratie gemütlich gemacht, aber jetzt wächst der Druck, den gesamten Apparat nach Berlin zu verlegen. Die Beamten wehren sich: Umzug? Niemals!

Es ist ein Bild wie aus der „Tagesschau“ vor 20 Jahren: Die Schranke geht hoch, und ein alter Mercedes fährt im Schritttempo an der blankgeputzten Skulptur „Two Large Forms“ vorbei. Die schwarze Limousine hält vor dem braunen Kasten, der einst das Kanzleramt war.

Hier empfing Helmut Kohl den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, Gerhard Schröder ließ sich beim Scherzen mit US-Präsident Bill Clinton ablichten. Übrig geblieben ist das Feuerzeug von Helmut Schmidt, das neben anderen Devotionalien aus dem untergegangenen Westdeutschland in einer Glasvitrine glänzt.

Dort, wo früher das Kabinett über die Geschicke der Republik beriet, verhandelt heute im bedeutendsten Fall der stellvertretende Finanzminister Kameruns über die Höhe der Entwicklungshilfe. Denn eingezogen in das einstige Zentrum bundesdeutscher Macht ist nun das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Obwohl es eines der kleinsten Ressorts ist, dürfen hier schon Abteilungsleiter so große und noble Zimmer beziehen, wie sie in Berlin den Vizepräsidenten des Parlaments zur Verfügung stehen. „Von so einem Büro können andere nur träumen“, bekennt denn auch einer der zufriedenen Ministerialen, Hans-Dietrich Lehmann, der zwischen üppigen Grünpflanzen und edler Schrankwand die Zentralabteilung leitet.

Auch sein Nachbar auf der Etage, Thomas Albert, unternimmt keine Anstrengung, das Wohlbehagen zu verheimlichen: „Das ist der schönste Arbeitsplatz, den die Bundesrepublik zu vergeben hat.“

Man hätte es fast vergessen: Jedes Bundesministerium wurde nach der Wiedervereinigung per Gesetz geteilt. Mehr als die Hälfte der knapp 19 000 Ministerialbürokraten arbeitet noch heute in Bonn (siehe Grafik Seite 50).

Sie blieben im Sommer 1999 einfach zurück, als der Tross von Parlament und Regierung gen Osten zog und das Berliner Viertel um den Reichstag besetzte. In Bonn ging das Leben weiter – manche sagen, es fing erst richtig an.

Das schöne Dasein in den Rheinauen hat viele Facetten: Die Berliner Chefs sind weit weg, Minister schneien höchstens zur Weihnachtsfeier herein, frei werdende Stellen fallen nicht weg, sondern werden neu besetzt. Und für etwa eine Milliarde Euro wurde und wird das einstige Bonner Regierungsviertel runderneuert.

Doch nun droht dem kleinen Bürokraten-Paradies Ungemach. Regierungschefs aus sechs Bundesländern, darunter alle Ost-Ministerpräsidenten und Christian Wulff, Ministerpräsident in Niedersachsen, verlangten vorige Woche, den Apparat komplett nach Berlin zu verlegen. Ministerien in Bonn, monierte der sächsische Regierungschef Georg Milbradt, seien ein Anachronismus. Seit der Wiedervereinigung hätten Millionen Ost- und Westdeutsche ihr Leben von Grund auf umgestellt: „Für die Bundesregierung muss das Gleiche gelten.“

Scharfe Gegenwehr kam – wie stets – aus Nordrhein-Westfalen. CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst griff seinen Parteifreund Wulff an, der habe „unbestritten Ahnung von Krawatten und Frisuren, aber scheinbar wenig Sachkenntnis in dieser Frage“; die Teilung sei gesetzlich geregelt.

Das Berlin-Bonn-Gesetz von 1994 kann allerdings jederzeit geändert werden. Nur wagte das die Politik bisher nicht, und eine Gruppe möchte den Umzug nach Berlin unbedingt verhindern: die Mehrzahl der Bonner Staatsdiener.

Der Arbeitsplatz am Rhein – für viele Regierungsbeamte kommt das einem Glückstreffer gleich. Sie sitzen in Büros, die einst für wesentlich Mächtigere konzipiert wurden. Der Teppichboden, der jedes Geräusch abdämpft, Schallschutzfenster, die Straßen- und Baulärm fernhalten, die Wandtäfelung, das Braun und Grau der Schreibtische – alles um sie herum erinnert an eine Zeit, als die Welt noch übersichtlich schien: an die Bonner Republik.

Und doch müssen sie nicht auf die Errungenschaften des 21. Jahrhunderts verzichten. In Gebäuden etwa aus den siebziger Jahren wurden schnelle Internet-Verbindungen verlegt, Kantinen zu Wintergärten aufgepeppt, Asbest abgesaugt, neuer Brandschutz reingepumpt, hier ein frischer Anstrich, dort eine Grundsanierung.

Das kostet. 57 Millionen Euro wurden beispielsweise für die Sanierung des früheren Kanzleramts ausgegeben – mehr als der gesamte Bau vor 30 Jahren kostete. Die Dauerbaustelle auf der Hardthöhe, wo 2900 Angehörige des Verteidigungsministeriums ihren Dienst schieben, verschlang seit dem Umzug der Spitzen rund 55 Millionen Euro.

Neubau des Gesundheitsministeriums

Bonner Ministerialapparat: *Politisch wichtige*

Die Größe mancher Zimmer wird durch die leidliche Arbeitsbelastung erst so richtig veredelt. Übermäßig bedeutsame Akten stapeln sich selten auf den Bonner Schreibtischen. Die Ressortchefs und ihre Stäbe haben sorgsam ausgesucht, welche Teile sie zu sich nach Berlin holen – und welche sie in Bonn beließen. Es gilt der Grundsatz, den ein Staatssekretär eines kleinen Ressorts so formuliert: „In Berlin sitzt das politische Haus, in Bonn residiert das Arbeitshaus.“

Im Klartext heißt das: Politisch wichtige Entscheidungen, die rasch getroffen werden müssen, fallen in der Hauptstadt, die Vorlagen-Schreiber laborieren in Bonn. Dort hat etwa die kriminologische Forschung des Justizministeriums ihren Platz; in der Nachbarschaft bearbeiten 30 Leute aus dem Kanzleramt Bürgerbeschwerden; die sogenannten Drahtberichte aus den Botschaften lässt das Auswärtige Amt am einstigen Hauptsitz entschlüsseln; im Finanzministerium wachen Beamte über Zölle und Branntweinmonopol. Die Abteilung Reaktorsicherheit des Umweltministeriums hat nach Störfällen und bei Castor-Transporten alle

Ehemaliges Kanzleramt

BONN-SEQUENZ

RALPH SONDERMANN

DIRK KRÜLL / LAIF

Konferenzraum im Auswärtigen Amt

BERND SETTNIK / PICTURE ALLIANCE / DPA

Gangway des Bonn–Berlin-Beamtenshuttle (Flughafen Berlin-Schönefeld)

Entscheidungen fallen in der Hauptstadt

Hände voll zu tun – ansonsten aber geregelte Arbeitszeiten.

Der Freizeitwert ist gestiegen – auch am Arbeitsplatz. Zwar rechnen Personalräte 20 000 Überstunden vor. Doch hinter vorgehaltener Hand lästern andere über die Geräusche von Computerspielen, die man in Bonn häufig auf den Gängen höre, und dass im Intranet auch schon mal über Sportveranstaltungen oder Karnevalsgruppen informiert werde.

Für einen Plausch ist immer Zeit. „Das ist ein Meeting-Point hier“, erklärt Personalrat Heinz-Wolfgang Aretz aus dem Forschungsministerium die Betriebsamkeit in der Kantine. Der Ort funktioniert wie eine Kontaktbörse.

Offiziell dauert die Mittagspause eine halbe Stunde, aber wer kontrolliert das schon?

Jeder Spaß hat Grenzen. In allen Dienststellen gilt eine eiserne Regel: „Nach Berlin wird pünktlich und termingerecht gesendet“, erklärt ein Spitzenbeamter aus dem Finanzministerium, „niemand will hier den Vorwand liefern, dass wir dahin umziehen müssen.“

Ansonsten herrscht große Selbstgenügsamkeit. Angereiste Staatssekretäre eilen normalerweise geradewegs in den nächstgelegenen Sitzungsraum, was die meisten Hiergebliebenen wenig stört. Bernhard Kühnle, Abteilungsleiter im Verbraucherschutzministerium, teilt seine Kollegen in zwei Sorten ein: „Kategorie eins bemängelt, dass sie den Minister nie und den Staatssekretär selten sehen. Kategorie zwei hat sich mit der Abwesenheit des Chefs gut eingerichtet.“

Die für den Polit-Betrieb und die eigene Karriere zwingenden Kontakte und Netzwerke werden in Berlin geknüpft. Nur hier trifft man sich mal schnell mit einem Parlamentarier Unter den Linden auf einen Kaffee, nur hier kommen wichtige Politiker ins Finanzministerium zu einer Debatte über die Globalisierung, besprechen Parteiarbeitskreise die Gesundheitsreform, laden die Lobbyisten der Bahnindustrie zum Parlamentarischen Abend.

In Bonn hingegen bittet nicht einmal mehr der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie zum Empfang. „Man fühlt regelrecht, wie man herausfällt“, sagt ein 52-jähriger Referent aus dem Wirtschaftsministerium.

Der Mann will trotzdem nicht weg. Es gibt viele plausible Gründe für den Wunsch nach einer „dauerhaften Bonn-Berechtigung“, wie es im Bürokratenjargon heißt.

Mal sind es pflegebedürftige Eltern, mal schulpflichtige Kinder, dann wieder Grundbesitz oder der Job des Partners, die der gesetzlichen Folgepflicht eines Beamten entgegenstehen. Für die „familiäre Geborgenheit im katholischen Rheinland“ hat ein Ministerialrat sogar die Karriere sausen lassen. Der 57-Jährige wäre gern Unterabteilungsleiter geworden („Optimales Preis-Leistungsverhältnis: Die Verantwortung gibt man nach oben ab, die Arbeit drückt man nach unten durch“), doch die Familie war ihm wichtiger, und Berlin mag er ohnehin nicht.

Dabei sind auch eingefleischte Bonner nicht grundsätzlich gegen einen Umzug. Im Gesundheitsministerium können sie das Kistenpacken kaum erwarten: Zwei Kilometer Luftlinie entfernt vom alten Sitz wächst in Duisdorf der Rohbau des neuen Gebäudes. Die künftigen Büros werden besser klimatisiert und heller sein.

Nur ein Ärgernis haben Ulla Schmidts Beamte: Eine 17 Quadratmeter große Skulp-

tur, ein Krankenzimmer aus der Pilotfolge der Achtziger-Jahre-Serie „Schwarzwaldklinik“, soll den Eingangsbereich schmücken. Das Kunstwerk erscheint den Bürokraten etwas rückwärtsgewandt. Lieber wäre ihnen, wenn in dieser Woche die Wahl auf eine Fotoarbeit fiele, die von weitem aussieht wie der Vorhang an einem Krankenbett, der etwas schief hängt. „Wie die Gesundheitsreform: mal ruhig, mal etwas aufgewirbelt“, flüsterte Christina Friede-Mohr, Expertin für Fachfragen rund ums Krankenhaus, während der Vernissage.

Haben die Gesundheitsleute das Gebäude am Propsthof verlassen, werden erst die Handwerker anrücken – und danach die Mitarbeiter aus dem Finanzministerium. Peer Steinbrücks Untergebene sind derzeit in Bonn auf mehrere Liegenschaften verteilt, darunter enge, schmuddelige Containerbauten an der Husarenstraße, wo schon Ratten und Steinmarder gesichtet wurden, wie empörte Ministeriale berichten.

Fast mitleidig wird in Bonn über „die in Berlin“ geredet. „Dort hocken sie doch im Bohnerwachs-Ambiente“, sagt der BMZ-Beauftragte für Afrika und Nahost, Thomas Albert, und hat nicht ganz unrecht. Noch immer sind einige Ministerien in Berlin auf verschiedene Provisorien verteilt, Hinterlassenschaften der DDR oft, mit dunklem Holz-Imitat und dem typischen Plaste-Geruch von damals.

Draußen „schockt die Armut, die da herrscht“, sagt ein Referent aus dem Arbeitsministerium, der eine Dienstreise in die Hauptstadt mit einem kleinen Ausflug verband. „Berlin ist urban, aber eine ewig unfertige Stadt“, sagt Albert leicht philosophisch, „das fördert nicht gerade heilende Gedanken.“ Wenn man zwischen Fixern und abgebrochenen Fassaden herumstolpere, „wird man leicht zynisch“, findet er.

Dagegen Bonn: „Sicher“ und „stabil“ sind die Etiketten, die alte und neue Einwohner ihrer Stadt am häufigsten zuschreiben. Das Einkommensniveau ist hoch, die Arbeitslosenquote relativ niedrig, die Deutsche Post, die Telekom und die Vereinten Nationen haben hier ihre Standorte und beschäftigen Zehntausende.

Im Rheinauen-Park, auch „Little Central Park South“ genannt, kann man gediegener joggen als im Berliner Tiergarten. Zum Wandern hat Gott das Siebengebirge vor die Tür gelegt. Kandinsky und Picasso sind in „The Guggenheim Collection“ in Mittagspausenentfernung zu besichtigen. 60 Millionen Euro stecken der Bund und die Stadt dieses Jahr in die Kultur, und das merkt man. Es gibt Biennale und Videonale, den Bonner Sommer und den Endenicher Herbst.

Den wahren Unterschied zum preußisch strengen Berlin macht aber erst die „Mentalität“ der Bonner: die rheinische Gelassenheit, das karnevalistische Lebensgefühl. Während auf Berliner Weihnachtsfeiern gerade mal vier Leute tanzen, wären Referenten und Unterabteilungsleiter nach Festen in Bonner Ministerien nahezu jedes Mal erpressbar – wenn es den Menschen am Rhein nicht rundweg egal wäre, wer als Erster „Die Karawane zieht weiter“ grölt.

Die Bonner sind laut Umfrage die glücklichsten Großstädter, die Männer leben mindestens zwei Jahre länger als die Deutschen gemeinhin, und Bonner Frauen bekommen so viele Kinder, dass die Zahl der Geburten die Sterberate übersteigt. Und weil auch mehr Menschen hinziehen als weg, wird die Stadt voraussichtlich bis zum Jahr 2020 um etwa 10 000 Einwohner wachsen.

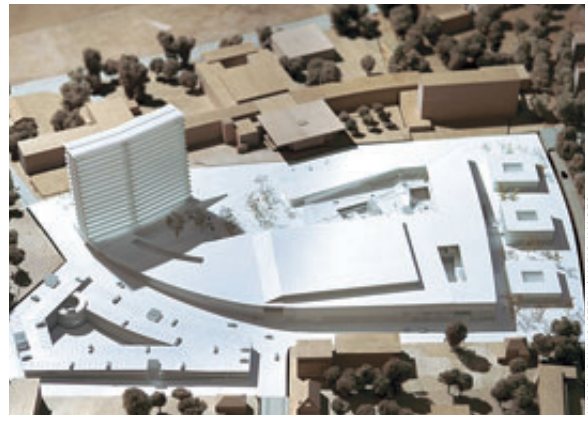
Geteilte Regierung

Anzahl der Mitarbeiter

Ministerium ...	BONN	BERLIN
... der Verteidigung	2900	330
... für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	900	700
... für Bildung und Forschung	750	250
... für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	730	220
... für Arbeit und Soziales	636	351
... der Finanzen	550	1279
... für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	545	280
... für Wirtschaft und Technologie	535	923
... für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	475	125
... des Innern	400	1200
... für Gesundheit	365	134
... des Auswärtigen	337	1791
... für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	327	193
... der Justiz	132	590
Bundespresseamt	122	391
Bundeskanzleramt	30	435
Gesamt	**9734**	**9192**

Quelle: Bundesministerien; Stand: Dezember 2006

DER SPIEGEL



ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES

Modell des Internationalen Kongresszentrums Bonn
Wachsende Stadt am Rhein

Warum sollte man die „nördlichste Stadt Italiens“ auch verlassen? Um schick einzukaufen, sagt Friedel Frechen vom Bonner Presseamt, fliegt man nach Paris oder New York, und die Jüngeren fahren mit dem gut ausgebauten Nahverkehr in die Kölner Clubs. Keine Nachteile? Na ja, die Mieten sind teuer – und die ewig aufflackernde Hauptstadtdiskussion nervt natürlich.

Erst neulich fragte das Boulevardblatt „Express“ wieder: „Kommt jetzt der Rutschbahn-Effekt?“; in Ministeriumskantinen wird täglich über den „Totalumzug“ diskutiert, aber sobald ein Fremder das Thema anschneidet, schalten alle auf Abwehr. „10 000 weitere Jobs, das fällt in einer Stadt wie Berlin doch kaum auf“, „Das würde viel teurer“, „Jedes Unternehmen hat inzwischen mehrere Standorte“, „Es gibt doch Mail und Videokonferenzen“, spulen sie die Argumente runter.

Sorgenvoll gucken die Beamten derzeit allerdings auf die Entwicklung im Justizministerium. Ressortchefin Brigitte Zypries und ihre Staatssekretäre haben drei Jahre lang mit den Beschäftigten, dem Personalrat und sogar der Stadt Bonn diskutiert. Ergebnis: Das Justizministerium ist das erste Ressort, das ab Januar nahezu komplett in Berlin residieren wird.

Das kleine Wunder vollzog sich geräuschlos, allerdings auch deshalb, weil es ohne Umzug vonstattenging.

Zypries nutzte die Gelegenheit, das von Berlin nach Bonn umgesiedelte Bundeszentralregister umzuwandeln in eine Bundesoberbehörde, und schlug diesem neuen Bundesamt für Justiz gleich noch einige Verwaltungsaufgaben aus ihrem Haus zu. Übrig bleiben gerade mal 35 Mitarbeiter des Justizministeriums, die sich zurzeit in der vierten Etage des Bonner Außenministeriums einrichten und sich über den „Seeblick“ zum Rhein freuen.

Unterm Strich verlieren bei dieser Umetikettierung rund hundert Ministeriale ihren Titel, aber sie gewinnen das Bleiberecht in der geliebten Heimat. Zypries weiß eben, was im deutschen Beamtenstaat wirklich interessiert: „Die Kollegen können sich bei jeder Umzugsdebatte beruhigt zurücklehnen – ihren Bonner Arbeitsplatz haben wir gesichert.“

Mareke Aden, Petra Bornhöft